MILCHRAHM STADLMANN RECHTSANWÃ¤LTE OG
LandstraÃ?er HauptstraÃ?e 1/1/3 | +43 1 890 55 65 | office@mslegal.at

Der verpflichtende â??Widerrufsbuttonâ?? bei FernabsatzvertrÃ¤gen â?? aktuelle GesetzesÃ¤nderung

Description

Date Created
19.09.2026
Meta Fields

Inhalt : FÃ¼r Unternehmen, die ihre Waren und Dienstleistungen (auch) Ã¼ber den **Fernabsatz** vertreiben, gilt **ab 1. Oktober 2026** speziell fÃ¼r FernabsatzvertrÃ¤ge, die nach dem 30. September 2026 geschlossen werden, gemÃ¤Ã? VerbRÃ?G 2026 (Verbraucherrechts-Ã?nderungsgesetz 2026; BGBl I 59/2026) eine gesetzliche Neuerung: Sofern die MÃ¶glichkeit besteht, FernabsatzvertrÃ¤ge Ã¼ber eine **Online-BenutzeroberflÃ¤che** (zB Bestellmaske im Webshop, Internetplattform, Smartphone-Applikation) abzuschlieÃ?en, muss es nach dem zukÃ¼nftigen Â§ 13a FAGG (Fern- und AuswÃ¤rtsgeschÃ¤fte-Gesetz) ***zusÃ¤tzlich*** zu den bisherigen WiderrufsmÃ¶glichkeiten (zB Widerrufsformular gemÃ¤Ã? Â§ 13 FAGG) einen **â??Widerrufsbuttonâ??** geben. Dieses Erfordernis geht auf die EU-Richtlinie 2023/2673 zurÃ¼ck und soll nach der europarechtlichen Vorgabe (siehe ErwÃ¤gungsgrund 37 der genannten Richtlinie) dadurch sichergestellt werden, dass Konsumenten geschlossene FernabsatzvertrÃ¤ge ebenso niederschwellig widerrufen kÃ¶nnen, wie sie diese abschlieÃ?en kÃ¶nnen. Im Lichte dessen kann der â??Widerrufsbuttonâ?? gleichsam als GegenstÃ¼ck zu der Button-LÃ¶sung im Zusammenhang mit dem Vertragsschluss (Â§ 8 Abs 2 FAGG: â??zahlungspflichtig bestellenâ??) gesehen werden. Ziel ist es, dass der Konsument â?? entsprechend der BestellerklÃ¤rung â?? mit wenigen Klicks eine WiderrufserklÃ¤rung abschicken kann. FÃ¼r Unternehmen, die fÃ¼r die Bestellung von Waren und Dienstleistungen eine Online-BenutzeroberflÃ¤che zur VerfÃ¼gung stellen, bedeutet dies, dass **etwa** der **Webshop** oder die **Smartphone-Applikation** sowie dahinterliegende Prozesse in gewissem Umfange angepasst werden mÃ¼ssen. Die eigentliche Widerrufsfunktion muss dabei aber nicht zwingend direkt in der Online-BenutzeroberflÃ¤che integriert sein, sondern genÃ¼gt es, wenn bspw der Webshop einen Hyperlink enthÃ¤lt, der den Konsumenten zu der Widerrufsfunktion weiterleitet. Jedenfalls muss der â??**Widerrufsbutton** â?? in der Online-BenutzeroberflÃ¤che leicht auffindbar und mit den Worten â??Vertrag widerrufenâ?? oder einer ebenso **eindeutigen Formulierung** gekennzeichnet sein (nach den Gesetzesmaterialen RV 498 XXVIII. GP, Seite 10 zB â??Vom Vertrag zurÃ¼cktretenâ??). Die **Widerrufsfunktion** muss technisch so gestaltet sein, dass folgende **Informationen** seitens des Konsumenten **Ã¼bermittelt** werden kÃ¶nnen: Name des Konsumenten, Identifizierung des zu widerrufenden Fernabsatzvertrages, Angaben zu dem elektronischen Kommunikationsmittel, mit dem seitens des Unternehmens der Eingang der WiderrufserklÃ¤rung zu bestÃ¤tigen ist. Diese BestÃ¤tigung hat dann auch das Datum und die Uhrzeit des Einganges der WiderrufserklÃ¤rung zu enthalten. Weitere Hinweise fÃ¼r die Praxis: FÃ¼r die Praxis relevant ist auch, dass â?? allgemeinen Regeln des Fernabsatzrechtes folgend â?? der **Widerruf** aus zeitlicher Sicht **rechtzeitig** ist, wenn die WiderrufserklÃ¤rung Ã¼ber die Online-BenutzeroberflÃ¤che innerhalb der Widerrufsfrist von dem Konsumenten abgegeben wird. Auch der Button, mit dem diese WiderrufserklÃ¤rung abgesendet wird, muss eindeutig bezeichnet werden: â?? **Widerruf bestÃ¤tigen**â?? (oder einer ebenso eindeutigen Formulierung; nach den Gesetzesmaterialen RV 498 XXVIII. GP, Seite 10 etwa â??RÃ¼cktritt bestÃ¤tigenâ??). Die **WiderrufsmÃ¶glichkeit Ã¼ber** die **Online-BenutzeroberflÃ¤che** muss fÃ¼r den konkreten Fernabsatzvertrag solange zur VerfÃ¼gung stehen, **solange** die konkrete **Widerrufsfrist** lÃ¤uft. Diese beginnt nach Â§ 11 FAGG etwa mit Vertragsschluss (bei Dienstleistungen) oder mit Ã?bergabe der Ware (bei KaufvertrÃ¤gen) zu laufen. Wenn der Unternehmer vor Vertragsschluss nicht ausreichend Ã¼ber das Widerrufsrecht des Konsumenten informiert, kann sich dieses theoretisch um bis zu 12 Monate verlÃ¤ngern (siehe NÃ¤heres in Â§Â§ 12 iVm 4 Abs 1 Z 8 FAGG). Nach den Gesetzesmaterialien muss nicht vorab geprÃ¼ft werden, ob und ggf ab welchem Zeitpunkt dem Konsumenten ein Widerrufsrecht zusteht (RV 498 XXVIII. GP, Seite 10). Vor diesem Hintergrund empfiehlt es sich, das Widerrufsrecht Ã¼ber die Online-BenutzeroberflÃ¤che fÃ¼r den gesamten Zeitraum von 12 Monaten und 14 Tagen bereitzuhalten. Ob ein allfÃ¤lliger Widerruf tatsÃ¤chlich berechtigt und fristgerecht erfolgt ist, wÃ¤re dann â?? wie gehabt â?? nach erfolgter WiderrufserklÃ¤rung zu prÃ¼fen.